Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6035**

14. Wahlperiode 15. 05. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Eduard Lintner, Dirk Fischer (Hamburg), Dr.-Ing. Dietmar Kansy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/4933 –

Erlaubnis zum Führen von Schienenfahrzeugen

A. Problem

Die Fraktion der CDU/CSU hat einen Antrag eingebracht, nach dem die Bundesregierung aufgefordert werden soll, bei der Europäischen Gemeinschaft darauf hinzuwirken, dass möglichst umgehend eine Richtlinie zur Erteilung, Einschränkung und Entziehung der Erlaubnis zum Führen von Schienenfahrzeugen erarbeitet und erlassen wird (Bundestagsdrucksache 14/4933). Eckpunkte und Mindestnormen dieser Richtlinie sollen u. a. sein, im Hinblick auf die schulische Vorbildung die Erfüllung der Voraussetzungen einer Ausbildung zum Facharbeiter als Mindestqualifikation, im Hinblick auf die Berufsausbildung die Festlegung in einer Ausbildungsverordnung mit Vorgaben zu Mindestanforderungen und Qualitätsstandards für die Berufsausbildung, Zwischenprüfungen jeweils zum Ende des ersten und zweiten Ausbildungsjahres und eine Abschlussprüfung vor einem unabhängigen Gremium. Schließlich soll die Richtlinie die praxisorientierte sechsmonatige Betreuung der Berufsanfänger durch einen Betreuungslokführer und die Definition des Berufsbildes eines Triebfahrzeugführers vorsehen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf Bundestagsdrucksache 14/4933 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 14/4933 abzulehnen.

Berlin, den 27. April 2001

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald	**Wieland Sorge**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Wieland Sorge

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Bundestagsdrucksache 14/4933 in seiner 152. Sitzung am 15. Februar 2001 an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach dem Willen der Antragsteller des Antrags auf Bundestagsdrucksache 14/4933 soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, bei der Europäischen Gemeinschaft darauf hinzuwirken, dass möglichst umgehend eine Richtlinie zur Erteilung, Einschränkung und Entziehung der Erlaubnis zum Führen von Schienenfahrzeugen erarbeitet und erlassen wird. Eckpunkte und Mindestnormen dieser Richtlinie sollen u. a. sein, im Hinblick auf die schulische Vorbildung die Erfüllung der Voraussetzungen einer Ausbildung zum Facharbeiter als Mindestqualifikation, im Hinblick auf die Berufsausbildung die Festlegung in einer Ausbildungsverordnung mit Vorgaben zu Mindestanforderungen und Qualitätsstandards für die Berufsausbildung, Zwischenprüfungen jeweils zum Ende des ersten und zweiten Ausbildungsjahres und eine Abschlussprüfung vor einem unabhängigen Gremium. Die Richtlinie soll die praxisorientierte sechsmonatige Betreuung der Berufsanfänger durch einen Betreuungslokführer sowie die Vermittlung von Erfahrungen aus der Praxis und schließlich die Definition des Berufsbildes eines Triebfahrzeugführers vorsehen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 42. Sitzung am 14. März 2001 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 65. Sitzung am 14. März 2001 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat in seiner 88. Sitzung am 4. April 2001 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner 56. Sitzung am 4. April 2001 beraten. Er empfiehlt mit der Mehrheit seiner Stimmen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS, den Antrag abzulehnen.

Die Ausschussmehrheit weist u. a. darauf hin, dass das Anliegen der Antragsteller bereits auf europäischer Ebene auf den Weg gebracht sei; eine entsprechende Richtlinie werde in Kürze veröffentlicht.

Die Fraktion der CDU/CSU besteht auf der Annahme ihres Antrags. Sie weist u. a. darauf hin, dass bei vermehrtem Zugang unabhängiger Betreiber zum Eisenbahnnetz der Qualitäts- und Sicherheitsstandard auf hohem Niveau gehalten werden müsse. Vergleichbare Qualitätsstandards in der Ausbildung seien Voraussetzung für die Anerkennung der Führerscheine und damit Voraussetzung für die Interoperabilität der transeuropäischen Eisenbahnen. Der Antrag sei als Unterstützung der Bundesregierung in der EU aufzufassen.

Berlin, den 27. April 2001

Wieland Sorge
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333